

■ Neue Kulturpolitik plus

Wie die SPD versucht, ihre kulturpolitische Programmhoheit zurückzugewinnen

In den 1970er und 1980er Jahren galt die Kulturpolitik als Domäne der Sozialdemokratie. Hilmar Hoffmann, Hermann Glaser, Dieter Sauberzweig, Olaf Schwencke und viele andere waren die Begründer einer Neuen Kulturpolitik, die die kulturpolitischen Debatten, aber auch die Praxis in den Kommunen im Westen Deutschlands geprägt hat. Vor knapp zehn Jahren konnte Gerhard Schröder noch einmal mit der Berufung eines Staatsministers für Kultur und die Aufwertung der Bundeskulturpolitik für Aufmerksamkeit sorgen, und an der Einrichtung der Kulturstiftung des Bundes hat die SPD auch maßgeblich mitgewirkt. Alles in Allem sind das vorzeigbare Leistungen, wenn die sozialdemokratische Kulturpolitik in den Kommunen und Ländern mittlerweile auch an Funktionen und profilierten Köpfen verloren hat. Dennoch hat die Partei das Image der Kulturferne nie ganz verloren und wird – was sie auch tut – vom Feuilleton sehr kritisch beäugt. Hinzu kommt, dass die anderen Parteien kulturpolitisch aufgeholt haben und z.B.

in Nordrhein-Westfalen mit Programmen aufwarten, die auch der SPD alle Ehre gemacht hätten. Doch diese Chance ist vertan. Wen wundert es da, wenn sich in der Partei Nervosität ausbreitet und gegenwärtig der Versuch unternommen wird, kulturpolitisch verlorenes Terrain zurückzugewinnen.

Der Leitantrag »Kultur ist unsere Zukunft«, der am 20. August vom Parteivorstand der SPD beschlossen worden ist und dem Bundesparteitag Ende Oktober in Hamburg vorgelegt werden soll, ist ein Versuch in diese Richtung. Auf 21 eng beschriebenen Seiten werden die Hintergründe, das Kulturverständnis, die Schwerpunkte, die Hauptaufgaben und die wichtigsten Felder sozialdemokratischer Kulturpolitik beschrieben. Schon dieser Umfang und die Systematik zeigen: Hier hat sich eine Partei (respektive der Parteivorstand) etwas vorgenommen. Auch die Tatsache, dass es nicht gerade politische Leichtgewichte waren, die hier zur Feder gegriffen haben, spricht dafür: Wolfgang Thierse, Klaus Wowereit, Peer Steinbrück, Michael Nau-

mann und Julian Nida-Rümelin. Sie stehen auch mit ihren Namen für den Anspruch, den der Leitantrag erhebt: Kulturpolitik soll zu einem »zentralen Politikfeld« werden, denn »in der globalisierten Wissensgesellschaft sind politische Zukunftsaufgaben ohne den Beitrag der Kultur nicht zu lösen.« (S. 1) Deshalb sei Kulturpolitik nach wie vor als Gesellschaftspolitik zu verstehen.

Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik

Was sind nun die programmatischen Essentials und gesellschaftspolitischen Ziele, die der sozialdemokratischen Kulturpolitik Profil geben sollen? Auf vier Punkte gebracht (S. 3f.) sind dies

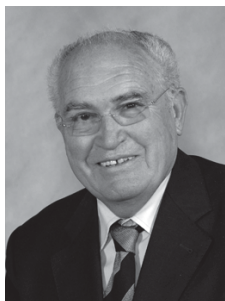
- die Befähigung zur *Demokratie* durch die »Stärkung wertefundierter Haltungen (Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit)« und die Entwicklung selbständiger und toleranter Persönlichkeiten mittels kultureller Bildung;
- die Ermöglichung wirklicher Teilhabe und Integration im Kontext einer »neuen Sozi-

Prof. Dr. Eckart Pankoke (1939–2007)

Am Samstag, den 14. Juli 2007 ist der Soziologe, Historiker und Kulturwissenschaftler Prof. Dr. Eckart Pankoke plötzlich und unerwartet verstorben.

»Arbeit und Genuß. Kultur des Lebens zwischen Arbeiterbewegung und Bürgergesellschaft« ist sein letzter Text überschrieben, den Eckart Pankoke uns zugesandt hatte. Der Titel bezeichnet die Schwerpunkte seines Denkens, Forschens und praktischen Tätigseins: »Arbeit« in ihren vielfältigen Facetten und historischen Erscheinungsformen und die Nichtarbeitszeit in ihren Bezügen zur Arbeit und ihren nicht weniger vielgestaltigen kulturellen Formen in der Bürgergesellschaft und der Arbeiterbewegung im Spannungsfeld von Sozialstaat, gesellschaftlicher Selbstorganisation und Marktimperativen.

Den kulturellen Dimensionen galt dabei sein besonderes Interesse und wie diese im Sinne eines solidarischen und humanen Zusammenlebens der Menschen praktisch gefördert werden können. Dies interessierte ihn gleichermaßen als theoretische Fragestellung wie als praktische Herausforderung auch an sich selbst. Denn Eckart Pankoke gehörte zu den nicht sehr zahlreichen Hochschullehrern, die auch immer bemüht waren, theoretische Einsichten und praktisches Handeln zu verbinden. Das letzte von ihm herausgegebene Buch hatte den für sein gesamtes Wirken bezeichnenden Titel »Praktische Künste. Deutungsmuster und Wissensformen kulturellen Handelns« (2006). Besonders im Ruhrgebiet, seiner Heimat und Lebenslangen Wirkungsstätte, hat er diese Verknüpfung von Theorie und Praxis immer wieder praktisch gemacht, von der Mitherausgeberschaft der Zeitschrift *Revier-Kultur* bis zu seinen zahlreichen Ideen, Vorschlägen



und Projekten zu »RUHR.2010« – »Ruhrvordenker« war sein Nachruf in der *FAZ* überschrieben.

Diese »theoretische Praxis« und »praxisorientierte Theorie« hatten ihn auch über 30 Jahre eng mit der *Kulturpolitischen Gesellschaft* verbunden. Er war seit dem Gründungsjahr 1976 Mitglied unserer Gesellschaft und einer unserer wichtigsten wissenschaftlichen Begleiter. Bei zahlreichen Tagungen und in einer Fülle von Veröffentlichungen hat er der kulturpolitischen Diskussion immer wieder neue wichtige Anregungen gegeben. »Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik« – dieses Motto der *Kulturpolitischen Gesellschaft* war auch sein Credo, das er mit wissenschaftlichem Sachverstand untermauert hat. Dabei haben wir und die Neue Kulturpolitik insgesamt von seinen Denkanstößen insbesondere zum Dritten Sektor und dem Zusammenwirken von gesellschaftlicher Selbstorganisation und staatlichen Strukturen sehr profitiert.

Zuletzt hatte er im vergangenen Jahr mit seinem instruktiven Artikel zu unserem 30jährigen Jubiläum »Kulturpolitische Gesellschaft: Kultur-Bewegung zwischen Sammlung und Sendung« in den *Kulturpolitischen Mitteilungen* (H. 114) und seinem Beitrag »Konzentrieren und Konzertieren: Neue Kulturpolitik zwischen Steuerung und Selbststeuerung« im *Jahrbuch für Kulturpolitik 2006* seine Verbundenheit mit unserer Gesellschaft zum Ausdruck gebracht. Wir sind ihm dankbar für seine vielfältigen Anregungen, die immer inspirierenden Vorschläge und die bereichernde Zusammenarbeit. Wir werden ihn in bester Erinnerung behalten.

Oliver Scheytt, Norbert Sievers, Bernd Wagner

alpolitik«, die »den neuen gesellschaftlichen Spaltungen und Ausgrenzungen entgegenwirkt«;

- die Förderung von »*Innovation und Fortschritt*« und eines »modernen kreativen Sektors« im Sinne einer »postindustriellen Industriepolitik«, ohne Kulturpolitik damit einseitig auf ökonomische Ziele auszurichten, und
- die Nutzung der Kultur als »Grundlage von *Dialog*« in internationalen Verständigungsprozessen.

Die Autoren stützen sich dabei auf das erfolgreiche Konzept der Neuen Kulturpolitik, deren Ansprüche (Emanzipation, Partizipation, Kultur »von unten« und multikulturelle Offenheit) zu erneuern seien und »in die neue Zeit übersetzt« werden müssten. Es gebe sowohl neue Herausforderungen (z.B. die Chancen und Gefahren der neuen Medien und der virtuellen Welt) als auch die bekannten »wohlfahrtsstaatlichen Finanzierungsprobleme«. Entsprechend dem Leitbild vom »vorsorgenden Staat« gelte es nunmehr, »stärker in die Infrastruktur zu investieren, um die aktive Teilnahme der Menschen am Leben der Gesellschaft zu unterstützen.« (S. 4) Gemeint ist damit eine kulturelle Grundversorgung, die als Minimalstandard und Pflichtaufgabe der Kommunen begriffen wird, ohne damit »die öffentlichen Institutionen auf das Niveau der geringsten Kosten absenken zu wollen.« (S. 7) Kultur wird vielmehr als öffentliches Gut verstanden, das vor der Gefahr einer »Abwärtsspirale ihres Niveaus nach unten« zu schützen sei. »Kultur ist Investition und nicht Subvention« heißt es weiter – für eine humane und demokratische Gesellschaft und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft. Deshalb soll sie auch als Staatsziel im Grundgesetz verankert werden.

Hauptprojekte und Handlungsfelder

Als Hauptprojekte sozialdemokratischer Kulturpolitik werden *Teilhabe* und *Anerkennung* vorgestellt. Diese Ziele bilden in gewisser Hinsicht den programmatischen Kern des Leitantrags. Die Forderung nach mehr Teilhabegerechtigkeit verweist auf die nach wie vor zu konstatierende soziale Selektivität der öffentlichen Kultureinrichtungen und den Zusammenhang von sozialer und kultureller Exklusion. Kulturelle Bildung und musische Erziehung würden deshalb zu einer »nicht mehr zu vernachlässigenden Aufgabe von Gerechtigkeitspolitik«, die gerechte Teilhabe und sozialen Aufstieg ermöglicht und durch Solidarität Sicherheit gewährleistet (S. 8f.). Die Rede von einer Kultur der Anerkennung bezieht sich auf die multikulturelle Situation im Einwanderungsland Deutschland und die Notwendigkeit, ein friedliches, auf gegenseitigen Respekt gründendes Zusammenleben zu gewährleisten. Drei Voraussetzungen werden dafür genannt: die An-

erkennung unterschiedlicher kultureller Identitäten, die Ausbildung einer gemeinsamen politischen Kultur in dem »verpflichtenden Rahmen der rechtsstaatlichen Demokratie und der universellen Grundrechte« und die »gleichberechtigte Teilnahme aller an den sozialen und ökonomischen Ressourcen und Chancen der Gesellschaft.« (S. 10)

Neben diesen Hauptprojekten werden sieben wichtige Handlungsfelder benannt, auf denen sich sozialdemokratische Kulturpolitik zu bewähren habe. Zu allererst die kulturelle Bildung, weil Kultur sich nicht von selbst vermittele, sondern gelernt werden müsse und zwar von frühester Kindheit an. An zweiter Stelle folgt der Schutz und Erhalt des kulturellen Erbes in seiner Vielfalt. Die Erinnerungskultur, »die sich auf das widersprüchliche Ganze deutscher und europäischer Geschichte beziehen muss«, nimmt die dritte Position ein, gefolgt von der Kulturförderung und der sozialen Verantwortung der Kulturpolitik für die Künstler. Auf die kulturelle Bedeutung der Hauptstadt wird dabei ein besonderes Augenmerk gelegt. An fünfter Stelle folgt ein Abschnitt über die Kultur- und Kreativwirtschaft »als kulturelle Experimentierfelder der postindustriellen Gesellschaft« (S. 17), die dem amtierenden Finanzminister Peer Steinbrück besonders am Herzen gelegen haben wird. Die Position sechs hat der Kulturauftrag der Medien inne. Besonderes Gewicht hat darin eine Passage über die Neuen Medien, in der diese in ihren Chancen, aber auch mit ihren Gefahren dargestellt werden. Schließlich erhält auch die Auswärtige und europäische Kultur- und Bildungspolitik die ihr gebührende Aufmerksamkeit, bevor der Leitantrag etwas abrupt endet.

Resonanzen und Kommentare

Eine »Erlösungsphantasie« nennt Jens Bisky den Leitantrag zum SPD-Bundesparteitag in der *Süddeutschen Zeitung* (22.8.2007). Kultur werde darin trotz »stolzer Bekenntnisse zur Autonomie und Freiheit der Künste« gleich mehrfach in den Dienst genommen, um allerlei gesellschaftliche Probleme zu lösen. Konkretes sei dagegen kaum zu erfahren. Dieser Eindruck ist nicht ganz von der Hand zu weisen, was auch Eckhardt Fuhr wohl zu dem Titel veranlasst hat »Aus dem Überbau kommt das Heil.« (*Die Welt*, 23.8.2007) Auch er hat den Eindruck, dass die Sozialdemokraten die Kultur als eine Art »Wundermittel« betrachteten, »das immer dann eingesetzt wird, wenn die traditionellen Instrumente der Politik in der globalisierten Welt an ihre Grenzen stoßen: Wo der Staat mit Recht, Gesetz, Polizei, Militär und Umverteilung nicht weiterkommt, sollen ihm aus dem kulturellen Überbau neue Energien und Handlungsoptionen zuwachsen.« Das war immer schon das Problem sozialdemokratischer Kulturpolitik. Sie hat zuviel

versprochen, ohne es einlösen zu können. Neu ist, dass es heute alle Parteien nachmachen. Kultur ist überall der Glücksbringer. Da ist es doch verständlich, wenn noch einmal nachgelegt wird.

Dies ist u.a. eine Folge – da hat Jens Bisky Recht – des »entgrenzten Kulturbegriffs«, der der Kulturpolitik neben vielen positiven Effekten die Schwierigkeit eingebracht hat, dass nicht mehr klar ist, was denn eigentlich der Gegenstand der Kulturpolitik ist. Wenn Killerspiele und Theater gleichermaßen unter diesen Begriff subsumiert werden, dann mag dies – um in der Biskyschen Diktion zu bleiben – »akademisch sinnvoll sein«, kulturpolitisch wäre es »aberwitzig«. Kulturpolitik kann nicht mit einem Kulturbegriff hantieren, der letztlich alles, was Menschen möglich und nicht Natur ist, zur Kultur erklärt. Sie braucht einen ausgehandelten Aufgabenkanon und ein wertefundiertes Konzept, in dem auch die Frage eine Rolle spielt, wie wir leben wollen oder eben auch nicht leben wollen. Insofern ist der Kulturbegriff im kulturpolitischen Zusammenhang kein Totalitätsbegriff wie etwa in den Sozialwissenschaften, der alles umfasst, sondern ein Qualitäts- und Differenzbegriff, der z.B. Computerspiele mit menschenverachtendem Inhalt ausschließt. In der Betonung der Wertorientierung hat der Leitantrag der SPD seine Stärke, obwohl man sich auch hier den Kulturbegriff etwas präziser gewünscht hätte. Es scheint, als habe man die Gelegenheit nutzen wollen, um in dieser normativen Frage – auch in Abgrenzung zum Leitkulturbegriff der CDU – Position zu beziehen. Von den Werten ist nicht nur einmal und nicht an letzter Stelle die Rede; sie stehen im Zentrum des Papiers.

»Kulturpolitik, die nur über Wie-Fragen spricht, wird in die Defensive geraten, die Wozu-Fragen nach den orientierenden Inhalten und Werten müssen dazukommen«, heißt es zum eigenen Kulturverständnis (S. 6). Das sind neue Töne. Offenbar hat die nur moderierende, wertneutrale Kulturpolitik in der Sozialdemokratie mittlerweile einen schwereren Stand. Das ist auch einsichtig, denn Wähler erwarten von den Parteien nicht nur Moderationskompetenz, sondern Auskunft über ihre Grundüberzeugungen und Werthaltungen. Der Leitantrag äußert sich dazu und ist darin überzeugend, auch wenn er zu langatmig ist. Mit den Hauptprojekten »Teilhabe« und »Kultur der Anerkennung« allein werden zwei ursozialdemokratische Themen wieder in den Vordergrund gerückt. Die Schwerpunkte, insbesondere die kulturelle Bildung, sind richtig gewählt. Darauf lässt sich aufbauen. Das Kulturforum der Sozialdemokratie, dem viele Vorarbeiten und Denkanstöße zu diesem Leitantrag zu verdanken sind, ist der richtige Kontext dafür.

Norbert Sievers